

Positionen • aus der Politik

## Jenseits des Schwarz-Weiß-Denkens

Die deutsche Russlandpolitik braucht Perspektiven

VON DIRK WIESE

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim vor mehr als fünf Jahren hat die friedensstiftenden Ergebnisse sozialdemokratischer Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr offen in Frage gestellt. Dabei sind die Unverletzlichkeit der Grenzen und der Anerkennung territorialer Integrität, niedergeschrieben in der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 und bestätigt in der Charta von Paris 1990 sowie im Budapest-Memorandum von 1994, immer noch wegweisend.

Im postsowjetischen Raum gibt es mehrere sogenannte *frozen conflicts*. Der erklärten und anerkannten Unabhängigkeit von Staaten wird eine eigene Interpretation des Völkerrechts entgegengehalten, Einflussphären werden geltend gemacht. Von Transnistrien bis nach Abchasien und Südossetien: Stets liegt der Schlüssel im Krim.

Hinzu kommt die kriegerische Auseinandersetzung im Osten der Ukraine, unter der vor allem die Zivilbevölkerung leidet. Der in den Minsker Vereinbarungen geforderte permanente Waffenstillstand wird täglich von beiden Seiten der Konfliktlinie verletzt und von der wichtigen OSZE-Beobachtermission dokumentiert. Immer noch fordert dieser Konflikt fast täglich Menschenleben.

Über diese lokalen und regionalen Konfliktherde hinaus droht eine globale Aufrüstungsspirale. Die Kündigung des INF-Vertrags, zunächst durch die USA, dann durch Russland, steht symbolhaft dafür, dass wieder mehr und besser miteinander geredet werden muss, statt berechtigten Fragen über Jahre auszuweichen oder sie nicht zu beantworten.

Deutschland hat seit 1989 andere Erfahrungen gemacht als Russland. Die Überwindung des Blockdenkens ging einher mit der Deutschen Einheit und verhielt eine Zukunft, in der alle von einer multilateralen Ordnung profitieren. Wir haben gelernt, dass wir eine bessere Zukunft nur in einem geeinten Europa finden, das mit seinen Nachbarn in Frieden lebt.

Russland hat die Geschichte in den vergangenen 30 Jahren anders erlebt. Dort gewinnen politische Kräfte an Boden, die glauben, ihrem Land mit einer Rückbesinnung auf die Vergangenheit und mit Nationalismus am besten zu dienen.

Die andere Seite zu verstehen heißt nicht, mit allem einverstanden zu sein. Dieser Irrtum ist leider der rote Faden einer vom Schwarz-Weiß-Denken geprägten deutschen Russland-Debatte. Es gibt aber auch viele Stimmen in Russland und Deutschland, die an einer gemeinsamen Zukunft interessiert sind und sich dafür einsetzen wollen.

Die sich in diesem Jahr zum zehnten Mal jährende Östliche Partnerschaft der Europäischen Union mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und der Ukraine wird auch in den kommenden Dekaden ein wegweisendes Kooperations- und Annäherungsprojekt sein. Sie hat viele Erfolge erzielt und ist kein Projekt gegen irgendjemanden. Diese Staaten haben wie Russland schwierige Zeiten fundamentaler Veränderungen hinter sich.

Die Grenze der Östlichen Partnerschaft sollte aber in Zukunft keine starre Grenze sein, sondern vielmehr eine Brücke zur russischen Zivilgesellschaft. Dies zeigt auch das Programm des Auswärtigen Amtes zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit (ÖPR), das seit Amtsantritt von Heiko Maas aufgestockt wurde. Es bezieht Russland explizit ein und macht auch viele Projekte zwischen der Ukraine und Russland möglich – insbesondere mit der jüngeren Generation und für sie.

Diesen Austausch wollen wir erleichtern. Ich habe daher vorgeschlagen, gerade im Hinblick auf Russland auf die Visumpflicht zunächst für Personen bis 25 Jahre zu verzichten. Das deutsch-russische Jahr der Hochschulkooperationen und Wissenschaft bietet eine gute Möglichkeit zu sehen, wie wir nationale Spielräume bei der Visa- und Stipendienvergabe noch stärker nutzen können. Bedenkenträger gibt es immer. Aber ohne Brücken gibt es bald keine Verbindungen mehr.

Das Gesprächsforum Petersburger Dialog im Juli in Bonn ist eine solche Brücke, um die Erleichterungen bei der Visumpflicht für die Zivilgesellschaft noch einmal auf die politische Tagesordnung zu setzen. Gemeinsam mit meinem Kollegen und Ko-Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft im Petersburger Dialog, Michail Fedotow (Vorsitzender des Menschenrechtsrates beim russischen Präsidenten), werde ich das Thema in Moskau erneut aufgreifen. Nur wenn junge Leute sich kennenlernen und austauschen, können bestehende Vorurteile abgebaut werden.

Dirk Wiese (SPD) ist Bundestagsabgeordneter und Koordinator für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

9D

# Die Quadratur des Kreises

In der Ukraine muss Wahlsieger Wolodymyr Selenskyj seine ungedulden Wähler zufriedenstellen, wird aber kaum vermeiden können, Bündnisse mit den alten politischen Eliten zu schließen

VON DMITRI STRATIEVSKI

Der überraschende Sieg Wolodymyr Selenskyjs im ukrainischen Wahlrennen wirft viele Fragen auf, die noch mehrere Monate nicht abschließend beantwortet werden können. Quo vadis, Selenskyj? Wird der politische Newcomer sich von der Westbindung der Ukraine schrittweise verabschieden und die Nähe zu Russland suchen oder bleibt er dem Kurs seines Amtsvorgängers Petro Poroschenko bis auf einige Schönheitsreparaturen treu? Hat sich Selenskyj vorgenommen, das ukrainische gesellschaftspolitische System, einschließlich seiner Schattenseiten wie der Vormachtstellung der Oligarchen, gründlich zu reformieren, oder wird er im Laufe der Zeit gezwungen sein, sich mit den vorhandenen Spielregeln abzufinden?

Viele von Poroschenko angestoßenen Reformen wie Dezentralisierungs-, Renten- und Gesundheitsreform wurden von Selenskyj als Kandidat nicht angegriffen und werden vom neuen Präsidenten nicht revidiert. Die Kritik Selenskyjs richtete sich im Wahlkampf hauptsächlich gegen drei (aus seiner Sicht) Misserfolge der jetzigen Regierung: fehlende Transparenz bei der politischen Entscheidungsfindung, umfangreiche Korruption und Armut der Bevölkerung.

In seinem Programm proklamierte Selenskyj die Notwendigkeit, direkte Demokratie zu praktizieren, die Immunität der Parlamentsabgeordneten, Richter und des Staatspräsidenten aufzuheben und ein neues Gesetz „Über die Macht des Volkes“ zu verabschieden. Diese Forderungen, den Appellen populistischer Parteien Europas nahestehend, fanden großen Zuspruch bei vielen Ukrainern, die dem amtierenden Präsidenten Poroschenko die rote Karte zeigten.

Diese Vorhaben kann Selenskyj im Alleingang nicht umsetzen, weil die entsprechende Entscheidungskompetenz bei der Legislative liegt. Darüber hinaus könnte die Aufhebung der Immunität die hohen Mandats- und Funktionsträger im Lande erpressbar machen.

In vielen EU-Staaten, darunter in Deutschland, genießen Parlamentsmitglieder einen ähnlichen Schutz vor Strafverfolgung. So muss Selenskyj eine eher schwierige Realisierung seiner Absichten in Kauf nehmen und dies gründlich überdenken. Im Bereich Korruptionsbekämpfung, eine unabdingbare Rubrik im Programm aller ukrainischen Präsidentschaftskandidaten aus den vergangenen zwei Jahrzehnten, schlug Selenskyj vor, ehrliche Staatsdiener besser zu entlohnen und korrupte Beamte härter zu sanktionieren, inklusive des lebenslangen Beschäftigungsverbots im öffentlichen Dienst.

Solche Ideen sind nicht neu. Noch 2014 wurde unter Poroschenko das Nationale Antikorruptionsbüro und später die Gesonderte Antikorruptions-Staatsanwaltschaft ins Leben gerufen. 2016 wurden die Erfolge dieser Institutionen als „bescheiden“ attestiert. Einer der Gründe ist die Zusammenballung des Kapitals in der Hand von Großkonzernen, die etwa 40 Prozent des ukrainischen BIP kontrollieren.

Angebracht wären dort nicht revolutionäre, sondern evolutionäre Änderungen in Form der Förderung des Kleinergewerbes und des Mittelstands, natürlicher Gegner der Korruption. Das ist jedoch ein langer Prozess, der mit der Ungeduld des Wahlvolks schwer kompatibel zu sein scheint. Im Bereich der Armutsre-

duzierung kann Selenskyj kurzfristig wenig bewirken. Etwa 45 Prozent der ukrainischen Wirtschaft liegen im Schatten. Die Steuereintreibung ist ungenügend. Vielen Menschen ist der kausale Zusammenhang zwischen der Steuer- und Abgabebelastung und der Verbesserung des Lebensstandards nicht bewusst.

Der scharfe Kommentar Selenskyjs zum Beschluss Moskaus, den Donbass-Bewohnern den Zugang zur russischen Staatsbürgerschaft zu erleichtern, machte Schlagzeilen in der Weltpresse. So zeigte der Hoffnungsträger der Ukrainer seine Härte im Konflikt mit Russland. In der gegenwärtigen Konstellation kann sich kein ukrainischer Staatschef das

Deutschland gehört zu den Hauptunterstützer der Ukraine. Angela Merkel hat in den vergangenen fünf Jahren ein enges Verhältnis zu Poroschenko aufgebaut. Poroschenkos Einladung nach Berlin kurz vor der Stichwahl in der Ukraine geriet in Deutschland in die Kritik, während Selenskyjs Besuch nach Paris neutral kommentiert wurde. Dennoch hat die Bundeskanzlerin jedes Kiewer Ersuchen um militärische Hilfe abgelehnt.

Diese Strategie wird fortgeführt. Berlin ist bereit, friedensstiftend zu agieren, allerdings ohne direkte Einmischung in den Konflikt in der Ost-Ukraine. Für Selenskyj, der laut Verfassung als Staatspräsident die Grundlagen

stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, der nach einem Streit mit seinem Chef Poroschenko alle Ämter niederlegen musste.

Diese Menschen, die über altbewährte Verbindungen in verschiedenen Einflussgruppen verfügen, werden Selenskyj helfen, sein Handwerk zu verstehen und ihm Zugänge verschaffen. Für das neue Staatsoberhaupt bedeutet es nicht nur die Festigung seiner Position, sondern den Einstieg in die „Systempolitik“, wogegen er sich im Wahlkampf wehrte.

Auf Selenskyj kommen gewaltige Aufgaben zu. Er steckt in einem strategischen Dilemma. Als junger Politiker ohne „belastete Vergangenheit“ genießt er einen großen Ver-



„Sprich leise und höflich, aber trage stets einen dicken Knäuel bei dir“, sagte Theodor Roosevelt einst. Der neue Präsident Wolodymyr Selenskyj mit dem alten ukrainischen Zepter, der Bulawa, dem historischen Symbol der Staatsmacht.

prorussische Handeln erlauben. Dafür gibt es keine nennenswerten Befürworter. Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Elite, auch die ukrainischen Oligarchen, wollen keine Allianz mit Moskau. Zugleich erwartet man von Selenskyj effiziente Schritte im Krieg in der Ostukraine, eine Strategie, die sich von der seines Vorgängers unterscheidet, und im Idealfall eine rasche Beendigung des Kriegs ohne Gebietsabtretung.

Dieses Problem ähnelt der Quadratur des Kreises und scheint von Kiew allein nicht lösbar zu sein. Selenskyj ist auf andauernde Verhandlungen mit Russland angewiesen. Sein Vorschlag, direkt mit Wladimir Putin über die Rolle des Kremls im Krieg zu reden, ist realitätsfern, weil Moskau sich kontinuierlich weigert, seine Funktion als Konfliktpartei im Donbass anzuerkennen. Dazu kündigte Selenskyj an, ukrainische Unterhändler in der Kontaktgruppe auszutauschen. Diese Schaufenstermaßnahmen werden wenig Wirkung erzielen.

Der Außenpolitik bestimmen wird, gibt es keinen Grund, das bestehende Modell der ukrainisch-deutschen Beziehungen zu revidieren.

Der Öffentlichkeit sind nur wenige Namen von Politikern aus Selenskyjs engem Umfeld bekannt. Als Kandidat ernannte er seine „Vertrauenspersonen“ in jeder Region der Ukraine, meist Unbekannte und bisher Politikferne. Zu seinem Team gehören aber einige Figuren, die längst auf der politischen Bühne aktiv sind. Sein wichtigster Berater, Dmytro Rasumkow, steuerte Wahlkämpfe für mehrere Prominente, wie Sergej Tigipko, damaliger Präsidentschaftskandidat, Vize-Premier und Minister unter Leonid Kutschma und Viktor Janukowitsch. In der Vergangenheit war Rasumkow Mitglied der „Partei der Regionen“. Eine bedeutende Rolle spielt im Stab der Anwalt Vadym Galajtschuk, der seinerzeit mit der Partei „Unsere Ukraine“ von Viktor Juschtschenko kooperierte. Nicht neu in der Politik ist Oleksandr Danyljuk, vormals Finanzminister und

trauenkredit der Bevölkerung, der schnell verpuffen kann. Der künftige Präsident muss vermeiden, seine Wähler zu enttäuschen, ihnen eine neue Qualität der Politik zeigen und gleichzeitig einen festen Platz in der ukrainischen politischen Landschaft erkämpfen, um überhaupt regieren zu können. In erster Linie wird Selenskyj im Hinblick auf die Parlamentswahlen im Herbst zumindest provisorische Bündnisse mit führenden Akteuren zu schmieden versuchen, etwa mit Julia Timoschenko und Wolodymyr Hrojsman. Dies heißt jedoch für ihn eine weitere Integration in die vorhandene elitenpolitische Realität der ukrainischen Gesellschaft.

Dmitri Stratievski  
ist stellvertretender Vorsitzender des  
Osteuropa-Zentrums Berlin

9D

FORTSETZUNG VON SEITE 1  
„GEISEL DER HOFFNUNG“

Waffeneinwirkung ihr Leben verloren haben, und die dramatische Deindustrialisierung aufhalten, wodurch das Land, das seine traditionellen Märkte verloren hat, obwohl es noch nicht Mitglied der EU ist, für die Europäische Union nichts als eine Quelle für Rohstoffe und Agrarzeugnisse geworden ist.

Dabei möchte die Ukraine so gern das Stigma des ärmsten Landes Europas abwerfen. Das ukrainische BIP von 2800 Dollar pro Kopf ist sogar in den Ländern der GUS nur in Tadschikistan, Kirgisistan und, bisher noch, in Usbekistan niedriger. Und dann gibt es da noch das Problem der in den vergangenen fünf Jahren von 40 auf 70 Prozent des BIP angewachsenen Staatsschulden. Um diese Schulden zurückzahlen, sind neue nötig.

Alle Probleme werden mit der Person Selenskyjs verbunden, aber die politische Struktur in der Ukraine ist so konstruiert, dass jede Reform der Unterstützung des Parlaments bedarf. Ohne die Werchowna Rada kann der Präsident den Ministerpräsidenten weder ernennen noch abberufen. Ein Bündnis aus den Fraktionen bestimmt den Kandidaten für den Regierungschef und schlägt ihn dem Präsi-

den vor. Ohne Zustimmung der Abgeordneten kann er nicht einmal den Verteidigungs- oder den Außenminister ernennen, obwohl er diese beiden wichtigsten Ressorts verantwortet. Das Gleiche gilt für den Generalstaatsanwalt, die Nationalbank und den SBU, den staatlichen Sicherheitsdienst. Auch die Leiter der regionalen Verwaltungen kann er nicht eigenständig ernennen, sie werden vom Kabinett vorgeschlagen. Wirklich unumschränkter Herr ist der Präsident nur in seiner eigenen Verwaltung.

In seiner Rede zur Amtseinführung am 20. Mai kündigte Selenskyj dann auch die Auflösung des Parlaments an. Die für Oktober planmäßig anberaumten Wahlen werden voraussichtlich bereits im Sommer stattfinden.

Selenskyjs neue Partei ist bisher nicht im Parlament vertreten, welches zuletzt ein Totalverbot der russischen Sprache verabschiedet hatte. Wie sich das mit der Tatsache vereinbaren lässt, dass sogar offiziell ein Drittel der Bürger russischsprachig ist, bleibt unklar. Der erste Versuch nach den Ereignissen auf dem Majdan, ein solches Gesetz zu verabschieden, hatte Schießereien im Donbass zur Folge ge-

habt. Als das Gesetz wieder abgeschafft wurde, war es bereits zu spät.

Umfragen zufolge sympathisierten bei diesen Wahlen 31 Prozent der Bürger in Russland mit Selenskyj. Aber die russische Regierung hat offenbar die Chancen, die sich mit Selenskyj eröffnen, noch nicht erkannt. Präsident Wladimir Putin hat ihm nicht zu seinem Wahlsieg gratuliert, stattdessen folgte die Ausgabe russischer Pässe an die Bürger der Regionen Luhansk und Donetsk. In seiner Antwort nannte der neue ukrainische Präsident die Besitzer der russischen Pässe das unrechtmäßige „neue Öl“ des Regimes und bot den Kämpfern aller Völker im postsowjetischen Raum, „die unter autoritären und korrupten Regimen leiden“, die ukrainische Staatsbürgerschaft an – „in erster Linie Russen“, wie er sagte, „die heute wohl am meisten leiden.“

Es ist schwer zu sagen, warum der Kreml nicht eine Pause einlegte und nicht ein wenig zurückhaltender agierte, da er doch seine Rhetorik immerhin abmilderte. (Putin erklärte auf einer Pressekonferenz in Wladiwostok, er wolle sich durchaus mit dem neuen Führer der Ukraine treffen.) Möglicherweise traut man im Kreml

Selenskyj doch nicht, vermutet hinter ihm den Oligarchen Ihor Kolomojskyj, der Präsident Putin noch weitaus unversöhnlicher gegenübersteht. Vorstellbar ist auch, dass man befürchtet, den russischen Bürgern könnten echte Wahloptionen und die Möglichkeit eines Regierungswechsels im Zusammenspiel mit Selenskyjs populistischen Auftritten attraktiv erscheinen.

Es sieht so aus, als würde die Mehrheit der derzeitigen russischen Regierung auf Härte setzen und weiterhin eine konfrontative Rhetorik pflegen. Ein Ideologe dieser Linie, der Duma-Abgeordnete Konstantin Satulin, sagt: „Es sind keine ‚Plitterwochen‘ in Aussicht, weder mit Selenskyj noch mit dem Westen, etwa auf der Ebene einer gemeinsamen internationalen Koalition zur Unterstützung der Ukraine ... In Aussicht ist die Weiterführung des Kampfs in der Ukraine und für die Ukraine.“

Viktor Loschak ist Chefredakteur der russischen Ausgabe des Petersburger Dialogs. Er beobachtete die Wahl in seiner Heimatstadt Odessa.

9D